

## Rocker Kämpfe im Milieu

Nach der Massenschlägerei zwischen ehemaligen Hells-Angels-Rockern und libanesischen Clans am Sonntag im niedersächsischen Walsrode befürchten Polizeixperten eine Zunahme solcher Kämpfe im Rotlichtmilieu. „Der Zusammenstoß in Walsrode war der Auftakt von Verteilungskämpfen“, sagt Ulf Küch vom Bund Deutscher Kriminalbeamter. Es gehe um Anteile im Geschäft mit Drogen und Prostituierten. Die Libanesen-Clans, die sich zeitweise zu der Rockergruppe Mongols zusammengeschlossen hatten, hätten gezielt die einstigen Hells Angels herausgefordert. Diese seien durch die Auflösung ganzer Ortsgruppen und die Inhaftierung ihres einstigen Bosses Frank Hanebuth in Spanien geschwächt. Auch in Berlin und Bremen sei es bereits zu Revierkämpfen gekommen. Die Polizei müsse sich schnellstmöglich auf eine Eskalation einstellen und eine bundesweite Strategie entwickeln. aul



## Steuerfahnder Undercover auf Jagd

Steuerfahnder in Nordrhein-Westfalen dürfen bei ihren Einsätzen nicht mehr besonders gekennzeichnete Westen tragen. Das geht aus einem Schreiben des Düsseldorfer Finanzministeriums hervor. Bislang tragen die Beamten Westen mit der Aufschrift „Steuerfahndung“. Zoll und Polizei haben ebenfalls eigene Westen, bei Großeinsätzen hilft das, die Truppen zu unterscheiden. Angeschafft

wurde die Kluft auch auf Wunsch der Finanzamtsvorsteher. Jetzt dürfen sie ihre Leute nur noch getarnt auf Jagd schicken. Begründet wird das mit der „Wahrung des Steuergeheimnisses“. Außenstehende sollten bei Einsätzen nicht mehr gleich auf einen Steuerbetrug schließen können. Mit der gleichen Argumentation könnte man auch der Polizei oder dem Zoll das Tragen ihrer Westen verbieten, meinen viele Fahnder. Die neuen Westen sollen dem Schreiben zufolge künftig den „behördenneutralen Aufdruck ‚Land NRW‘“ tragen. Bei den Beamten sorgt das für Verärgerung. bas

## MDR Kritik am Putin-Versteher

Ehemalige Bürgerrechtler der DDR ärgern sich über den Umgang des Mitteldeutschen Rundfunks mit Stasi-Zuträgern. Aktueller Anlass ist ein Beitrag in der MDR-Sendung „artour“. Dort hatte der Journalist Stefan Schwarz wohlwollend über eine Initiative 60 Prominenter berichtet, die mehr Verständnis für Russlands Staatschef Putin fordern. Schwarz, ein freier Mitarbeiter des MDR, war 1991 als ehemaliger „Offizier im besonderen Einsatz“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR enttarnt wor-

den. Der Leipziger Bürgerrechtler Uwe Schwabe, der 2014 wegen seiner Rolle während des Mauerfalls mit dem Deutschen Nationalpreis ausgezeichnet wurde, macht dem Mitteldeutschen Rundfunk schwere Vorwürfe: „Dass ein ehemaliger Offizier des Geheimdiensts der DDR einen so tendenziösen Beitrag im MDR senden darf, ist ein Skandal.“ Dieses Putinfreundliche Stück beleidige „die Opfer auf dem Kiewer Maidan-Platz“. Der MDR will an Schwarz als Autor festhalten: Er sei „in seiner Studienzeit als Anwärter für Aufklärung beim MfS“ tätig gewesen, heute bereue er „diesen Lebensabschnitt“. ulu



Sturmgewehre G36

## Kriegswaffen Millionenexporte nach Saudi-Arabien

Die Bundesregierung erlaubt in großem Stil Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien. Allein im vergangenen Monat genehmigte das Haus von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Exportanträge in Höhe von 110 Millionen Euro – so viel wie seit verganginem Sommer nicht mehr. Tatsächlich ausgeführt wurden seit Oktober 2014 sogar Waffen im Wert von 332 Millionen Euro. Darunter befinden sich neben Lenkflugkörpern und Ersatzteilen für Kampfflugzeuge auch „Teile für Geschützmunition, Haubitzenmunition, Mörsermunition“, heißt es in einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linkenfraktion. Genehmigt wurden auch „Teile für Gewehre“. Dabei

könnte es sich um Teile für das G36-Sturmgewehr handeln, für das es in Saudi-Arabien eine Lizenzfabrik gibt. Das Wirtschaftsministerium wollte sich zu dem Hersteller nicht äußern. Gabriel hatte sich in der Vergangenheit besonders kritisch über diese Rüstungskooperation geäußert, die schon unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung beschlossen worden war. Die Ausfuhr von Gewehren und Munition gilt als besonders umstritten, weil sich damit Aufstände leicht niederschlagen lassen. Vor wenigen Wochen gab es Zeitungsberichte, wonach wegen der unklaren Menschenrechtslage derzeit keine Waffenexporte nach Saudi-Arabien genehmigt würden. gt